

Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
16.05.2017 (letzte Sitzung: 18.04.2017)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	12:02 Uhr 12:55 Uhr	
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs Blauensteiner VP Kniezanrek VP Stein VP Steinkellner VP Anderl Brantner Fetik (entschuldigt) Foglar (entschuldigt) Ledwinka Rudolph Suchl Teiber Zweiler Pöttl (entschuldigt) Rasch Rösch (entschuldigt) Schütz Paiha	
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv Trenner BL	
Vom Büro	Fassler Mitterlehner Marcon (Betriebsrat) (entschuldigt) Mulley (Protokoll) Kallab (Betriebsrat) (entschuldigt)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 16.05.2017

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.04.2017

2 Beschlüsse

- 2.1 Subventionen 2017
- 2.2 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ-Jugendsporttag 2017
- 2.3 Zuweisung der Anträge der 168. Vollversammlung am 3.5.2017
- 2.4 Änderungen in den Ausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Bericht über das Projekt DW 31 - INFRA
- 3.2.2 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 Berufsschulzeiterweiterung – AK-Forderung erfüllt
- 3.4.2 Umstellung der Berufsreifeprüfung auf die Zentralmatura
- 3.4.3 9. Wiener Berufsorientierungsmesse für LehrerInnen
- 3.4.4 Studie: Schulische und duale Berufsausbildung
- 3.4.5 Studie: Unter welchen Bedingungen lernen Kinder am besten
- 3.4.6 Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung
- 3.4.7 Lobua-Tunnel und 6. Donauquerung
- 3.4.8 Straßenpaket Wien
- 3.4.9 Preisdifferenzierung im Online-Handel
- 3.4.10 Roamingzuschläge abgeschafft
- 3.4.11 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

- 3.5.1 BREXIT – welche Konsequenzen hat er für Europa, ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften?
- 3.5.2 Veranstaltung „Frankreich vor den Wahlen“
- 3.5.3 Buchpräsentation: Sharing Economy
- 3.5.4 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – April 2017 →Tischvorlage
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – April 2017 →Tischvorlage
- 3.6.3 Beschäftigungsaktion +20.000
- 3.6.4 Beschäftigungsbonus, Stand 3.5.2017
- 3.6.5 Primärversorgung
- 3.6.6 Fremdenrechtsänderungsgesetz
- 3.6.7 Qualifikationsplan Wien 2020 / 2030
- 3.6.8 AG Qualifikationen und Kompetenzen in der Industrie 4.0
- 3.6.9 Arbeitslosenversicherung 4.0 – ein gemeinsames Projekt der ANK Bremen und der AK Wien
- 3.6.10 Pressekonferenz 25.4.2017 – Sicherheit für Lohn- und Sozialstandards
- 3.6.11 Pensionspolitische Empfehlungen der EU – Präsentation der AN-Position
- 3.6.12 Veranstaltung
- 3.6.13 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

- 3.7.1 Stabilitätsprogramm der Bundesregierung
- 3.7.2 Was bringt der Mindestlohn? (AK/ÖGB Veranstaltung 27.04.2017)
- 3.7.3 Plattformökonomie
- 3.7.4 Stromnetz: Netztarifstruktur 2.0
- 3.7.5 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:
 Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 16.05.2017 wird genehmigt.
 → einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.04.2017

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18.04.2017.

Beschluss:
 Das Protokoll der Sitzung vom 18.04.2017 wird genehmigt.
 → einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

TOP 2.1 Subventionen 2017

Beschluss:
 Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Subventionen für das Jahr 2017:

Nr	Antragsteller	gefördert 2016	neuer Antrag 2017	Beschluss
1	Dachverband für serbische Vereine in Wien	€ 4.000,00	€ 8.000,00	€ 4.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig gegen FA <input checked="" type="checkbox"/>
Ablehnung <input type="checkbox"/>				

Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte

Nr	Antragsteller	gefördert 2016	neuer Antrag 2017	Beschluss
2	Verein für österreich-türkische Freundschaft	€ 10.000,00	€ 10.000,00	€ 10.000,00
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input type="checkbox"/>		Mehrstimmig gegen FA <input checked="" type="checkbox"/>
Ablehnung <input type="checkbox"/>				

Auszahlung erfolgt: 50 % nach Beschluss, 50 % nach Abrechnung der Projekte

TOP 2.2 Zuwendung nach § 6 AKG – ÖGJ Jugendsporttag 2017

Nr	Antragsteller / Zweck	gefördert 2016	neuer Antrag 2017	Beschluss
1	ÖGJ (Jugendsporttag 2017)	15.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €
Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>		Einstimmig <input checked="" type="checkbox"/>		Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
				Ablehnung <input type="checkbox"/>

TOP 2.3 Zuweisung der Anträge der 168. Vollversammlung am 3.5.2017

Paiha ersucht um Begründung, warum der Antrag 7 der AUGÉ betreffend Versammlungsfreiheit dem Ausschuss für Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration und nicht dem rechtspolitischen Ausschuss zugewiesen werden soll, was **Klein** mit dem Auslands- und Migrationsbezug des Antrages erklärt und feststellt, dass in diesem Ausschuss auch die entsprechenden juristischen ExpertInnen der AK vertreten sind.

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Zuweisungen der Anträge der 168. Vollversammlung am 3.5.2017

Fraktion	Nr.	Thema	B DFA	Abstimmungs- ergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	DR 1	40 Stunden oder mehr pro Woche? Arbeitszeitflexibilisierung darf keine Einbahnstraße sein	+	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FSG	1	Kein Aufweichen des Gemeinnützigkeitsprinzipes bei gemeinnützigen Wohnbauträgern	Z	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik
FSG	2	Erhöhung der Wohnbauleistung und Sicherstellung der sozialen und technischen Infrastruktur	+	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	3	Öffnung von Turnhallen und Sportplätzen von Schulen in Wien	+	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	4	Gentrifizierung – leistbares Wohnen stärken, Verdrängung verhindern	+	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	5	Die Smart City Wien muss sozial sein	+	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
FSG	7	Nein zur europäischen elektronischen Dienstleistungskarte – sie erhöht das Risiko zu Lohn- und Sozialdumping	+	Annahme einstimmig	EU und Internationales
FSG	8	Bekämpfung von Sozialbetrug und von Sozial- und Lohndumping in der öffentlichen Beschaffung	+	Annahme einstimmig	Wirtschaftspolitik
FSG	9	Regierungsübereinkommen neu - arbeitsmarktpolitische Vorhaben im Sinne der Arbeitnehmer/innen umsetzen und ausbauen	Z	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	10	Arbeitsmarktintegrationsgesetz - verpflichtendes Integrationsjahr im Sinne einer Verbesserung der Arbeitsmarktintegration der TeilnehmerInnen gestalten	+	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	11	Für eine gewaltfreie Arbeitswelt	+	Annahme mehrheitlich	Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
FSG	12	Verbesserung der psychosozialen Versorgung in Österreich	+	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	13	Verwirklichung der medizinischen und beruflichen Rehabilitation	+	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	15	Mehr Verantwortung in der Pflege muss sich lohnen	+	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	16	Stärkung des Gesundheitsberufes der Diätologinnen in der Primärversorgung	Z	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FSG	17	Auch 2017 gilt: Wir brauchen mehr Beschäftigung!	Z	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	18	Lehren aus dem Brexit ziehen: Weichen für ein soziales Europa stellen	+	Annahme mehrheitlich	EU und Internationales
FSG	19	Industrie 4.0 kann nur mit Mitbestimmung 4.0 funktionieren!	Z	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
FSG	20	Fairness und Transparenz in der Plattformökonomie	Z	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik

FSG	21	Kein Aufweichen des anzuwendenden Rechts- und Gerichtsstandes bei Onlinekäufen im EU-Ausland	Z	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik
FSG	22	Verlängerung der „Initiative Erwachsenenbildung“ (IEB)	Z	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	23	Studienplatzfinanzierung muss Studienchancen von Berufstätigen und Kindern aus Arbeitnehmer/innenfamilien sicherstellen!	+	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	24	Schulen gerecht finanzieren: AK Chancen-Index Modell	+	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
FSG	25	Rasche Umsetzung des Regierungsvorhabens zur Privatinsolvenz!	+	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz- und Konsumentenpolitik
FSG	26	Schaffung eines „Schutzpaketes zur Sicherung der ArbeitnehmerInnenrechte und des Sozialstaats“ – Freizügigkeit ist kein Freibrief für Lohn- und Sozialdumping, wir brauchen ein soziales Europa	+	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FSG	27	Die staatliche Arbeitsinspektion: Schutzschild für ArbeitnehmerInnen und „Polizei der Arbeitswelt“	+	Annahme mehrheitlich	Sicherheit, Gesundheit und Arbeit
ÖAAB/FCG	1	Arbeitszeitflexibilisierung zum Vorteil aller Beteiligten!	-	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	2	Genderaspekt stärken	Z	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
ÖAAB/FCG	4	Änderungen im ArbVG: Information gegenüber dem Betriebsrat bei vom Arbeitgeber initiierten „einernehmlichen“ Auflösungen von Dienstverhältnissen	Z	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	5	Reform ArbVG: Ausdehnung der Bildungsfreistellung für Betriebsrät/innen	+	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	6	AVRAG-Reform: Bessere Absicherung von Arbeitsplätzen in Zusammenhang mit Teilbetriebsübergängen	Z	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	7	Gesetzliche Grundlage für Zeitwertkonto und Sabbatical	Z	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	8	„Abfertigung neu“ – Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge auf 2,5%	-	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
ÖAAB/FCG	10	Ersatzanspruch der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft gegenüber der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt - § 319b ASVG	+	Annahme einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
ÖAAB/FCG	14	Führerscheinuntersuchung für Berufskraftfahrer	Z	Zuweisung mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
ÖAAB/FCG	18	Ausweitung E-Tankstellennetz in Wien	Z	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
FA	1	Auslandsdiäten evaluieren und anpassen	+	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FA	2	Bankomatgebühren	-	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FA	4	Entschädigung Verbrechenopfer	Z	Annahme mehrheitlich	Rechtsschutz und Rechtspolitik
FA	6	Keine Anrechnung des Familienzeitbonus an die Karenz	Z	Zuweisung einstimmig	Frauen- und Familienpolitik
FA	7	Initiative gegen Lebensmittelverschwendung	-	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
FA	8	Tagesdiäten im Inland erhöhen	Z	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
FA	11	Pflegefreistellung ausdehnen	Z	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
FA	12	Absicherung der Langzeitpflege	Z	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FA	13	Rechtssicherheit für Vertragsbedienstete bei „Hacklerregelung“	Z	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
FA	16	Kopftuch- und Schleierverbot im öffentlichen Dienst und Bildungseinrichtungen	-	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
FA	17	Bekanntnis zum Tunnel Lobau	Z	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
FA	18	Anpassung und Überarbeitung Pendlerpauschale	-	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik

AUGE/UG	R 01	Keine Arbeitszeitflexibilisierung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen!	+	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	1	Änderung des § 110 ArbVG	+	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	2	Entgeltfortzahlungsfonds wieder einführen – Unfallversicherung entlasten	+	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
AUGE/UG	4	Verbot von Gratiszeitungsentnahmeboxen	Z	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
AUGE/UG	5	Subvention für das Südwind Magazin	+	Annahme mehrheitlich	Vorstand
AUGE/UG	7	Keine Aushöhlung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit!	+	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
AUGE/UG	8	Rehabilitationsgeld für Mindestsicherungs-BezieherInnen	+	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
GA	1	Abwendung von Atomkraft-Subventionen in Europa und Maßnahmen gegen Paks II	Z	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	5	Rauchverbot für Jugendliche bis 18 Jahre	+	Zuweisung mehrheitlich	Jugendschutz und Lehrlingswesen
GA	6	Presseförderung neu	Z	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik
GA	7	Bike-and-Ride bei Wiener Öffis	+	Annahme mehrheitlich	Kommunal- und Regionalpolitik
GA	8	Gemeinnützige Arbeiten für Flüchtlinge	Z	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
GA	9	Thermopapier	-	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
GA	10	Schriftgröße bei Produktinformation	+	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
GA	12	Normteile für Geräte	-	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik
LP	1	12 Stunden Tagesarbeitszeit	+	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
LP	2	Verbesserung der Digitalisierung in den Berufsschulen	+	Annahme mehrheitlich	Bildung und Kultur
LP	3	Gleiche Chancen auf Augenhöhe statt verzerrtem Wettbewerb	Z	Zuweisung einstimmig	Verkehr und Tourismus
LP	4	ÖBB Infrastruktur AG	Z	Annahme mehrheitlich	Verkehr und Tourismus
LP	5	Gesichtsgebot	Z	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
LP	6	Neutralität des Staates am tatsächlichen Handeln der Organe	Z	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
ARGE	1	Arbeitszeitflexibilisierung	Z	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
GLB	3	Wertsicherung beim Kinderbetreuungsgeldkonto	+	Zuweisung mehrheitlich	Frauen- und Familienpolitik
GLB	4	Ausweitung der Bildungsfreistellung für Betriebsräte - Einbeziehung von Ersatz-BR und JVR	+	Annahme einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
TÜRK-IS	1	Migrationspezifische Altersbetreuung heißt auch muttersprachliche Betreuung	Z	Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
KOMINTERN	2	Nein zum 12-Stunden-Arbeitstag	+	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMINTERN	3	Indexierung der Negativsteuer	+	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
KOMINTERN	8	Erleichterte Satzungen durchsetzen	+	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozial- und Inklusionspolitik, Arbeitsrecht und Rechtspolitik
KOMINTERN	10	Nein zur Einschränkung des Versammlungsrechts	+	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
BDFA	1	Staatsbürgerschaft	+	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration
Gem. Anträge	1	Öffi-Offensive in den wachsenden Außenbezirken!	+	Annahme einstimmig	Kommunal- und Regionalpolitik
Gem. Anträge	2	Für einheitliche Rahmenbedingungen einer Personalbedarfsberechnung aus Sicht der Pflege	Z	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung und Gesundheitspolitik
		<u>Anmerkung:</u> Türk-Is war bei der VV nicht anwesend und hat nicht mitabgestimmt.			

→einstimmig angenommen

TOP 2.4 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 2

Angelegenheiten des Öffentlichen Dienstes

neues Ersatzmitglied	Slimar-Weißmann Sabine	FSG	anstelle: Wadsack Andrea
neues kooptiertes Mitglied	Lamm Cornelia	AUGE/UG	anstelle: Ofner Andrea

Ausschuss 3

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Müllner Sonja	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------------	---------------	---------	-----------------------------------

Ausschuss 4

Arbeitsmarktangelegenheiten und Integration

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Eigenbauer Ernst	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------------	------------------	---------	-----------------------------------

Ausschuss 6

Bildung und Kultur

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Eigenbauer-Stein Ulrike	AUGE/UG	anstelle: Ofner Andrea
----------------------------------	-------------------------	---------	------------------------

Ausschuss 8

Frauen- und Familienpolitik

neues Mitglied	Slimar-Weißmann Sabine	FSG	anstelle: Höger Eva-Maria
neues Ersatzmitglied	Höger Eva-Maria	FSG	anstelle: Slimar-Weißmann Sabin
neues kooptiertes Ersatzmitglied	Paiha Klaudia	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind

Ausschuss 10

Kommunal- und Regionalpolitik

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Braunsteiner Walter	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------------	---------------------	---------	-----------------------------------

Ausschuss 11

Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

neues Ersatzmitglied	Slimar-Weißmann Sabine	FSG	anstelle: Wohlmuth Nicolai
----------------------	------------------------	-----	----------------------------

Ausschuss 12

Rechtsschutz und Rechtsberatung

neues kooptiertes Mitglied	Lamm Cornelia	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------	---------------	---------	-----------------------------------

Ausschuss 14

Umwelt und Energie

neues kooptiertes Ersatzmitglied	Braunsteiner Walter	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------------	---------------------	---------	-----------------------------------

Ausschuss 15

Verkehr und Tourismus

neues kooptiertes Mitglied	Braunsteiner Walter	AUGE/UG	anstelle: Sepulveda-Urrejola Lind
----------------------------	---------------------	---------	-----------------------------------

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

Kaske berichtet einleitend vom Internationalen Arbeiterkammertag (IAKT) in Luxemburg, der von 9. bis 11. Mai 2017 stattfand. Es waren die Arbeitnehmerkammern von Luxemburg, Bremen und Saarland sowie Kolleginnen und Kollegen aus den österreichischen AK Länderkammern vertreten. Auf Präsidentenebene und Direktorebene wurde vereinbart sich weiterhin alle 2 Jahre zu treffen, sowie bis zur nächsten Tagung gemeinsam die Themen soziales Europa, Digitalisierung mit dem Schwerpunkt Qualifizierung und „AKYoung Europe“ zu bearbeiten.

Eingehend auf Nationales berichtet der Präsident vom Rücktritt des ÖVP-Vizekanzlers und der Wahl eines neuen geschäftsführenden ÖVP-Bundesparteiobmanns. Der Präsident hat sich beim scheidenden Vizekanzler sehr herzlich für die Zusammenarbeit bedankt, denn diese war immer eine sehr gute, auch wenn es unterschiedliche Positionen gegeben hat.

Weiters erwähnt **Kaske**, dass am 18. Mai 2017 das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) sein 90-jähriges Bestehen mit einem Festakt unter Anwesenheit des Herrn Bundespräsidenten feiert. Für die AK ist das Wifo, in welchem es auch Mitglied ist, ein wichtiger Partner in wirtschaftspolitischen und konjunkturellen Fragen. Zu letzteren sei angemerkt, dass die Weltkonjunktur in den letzten Monaten wieder deutlich an Schwung gewonnen hat, was sich auch positiv auf die österreichische Konjunktur und somit auch auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Kaske bedankt sich bei allen Gewerkschaften und KollegInnen für die Unterstützung der „Pflege Demonstration“ am „Tag der Pflege“, in welcher die Arbeitsverhältnisse und die soziale Situation der Beschäftigten im Bereich der Pflege und Betreuung hingewiesen werden konnte. Mit Bedauern muss angemerkt werden, dass angesichts der innenpolitischen Lage die Aktion +20.000, die sich die Senkung der Altersarbeitslosigkeit zum Ziel gesetzt hat nun in Schwebelage ist. Der Präsident berichtet weiters, dass Hans-Jörg Hofer als Nachfolger von Erwin Buchinger als Behindertenanwalt bestellt wurde, der als bisheriger Stellvertreter von Buchinger eine exzellente Qualifikation und große Erfahrung mitbringt. Erfreulich ist festzustellen, dass die Medien die Kritik der AK an den exorbitant hohen Managergehältern der ATX-Unternehmungen sowie die Forderung der AK bezüglich einer besseren Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping aufgegriffen haben. Die AK wird diese Anliegen weiterhin behandeln und thematisieren. Neben vielen anderen Themen hat sich der AK Konsumentenschutz erfolgreich der intransparenten Preisgestaltung im Online-Handel gewidmet, wo oft Preise insbesondere für Hotel- und Flugbuchungen in Minutenabständen zu Lasten der Konsumenten geändert werden. Auch diese Causa wird weiterhin intensiv bearbeitet werden.

Sehr erfolgreich war wieder die diesjährige AK-Messe „Beruf-Baby-Bildung“, die insbesondere von jungen Müttern mit Kindern sehr gut angenommen wurde. Gestern fand die "Informationsmesse Ausbildung bis 18" im BIZ statt. Der Präsident hat in diesem Zusammenhang die AK Forderung nach der Schaffung von mehr Lehrplätzen durch die Wirtschaft wiederholt. Aber auch in den weiterführenden Schulen müssen intensive Anstrengungen unternommen werden, um einen vorzeitigen Abbruch zu verhindern – beispielsweise mit einjährigen Übergangsstufen zwischen vierter Klasse Neuer Mittelschule oder Gymnasium in die erste Klasse von HAK oder HTL. In der betrieblichen Ausbildung sollte ein Qualitätssicherungssystem eingeführt werden, damit mehr Lehrlinge bei der Lehrabschlussprüfung antreten und erfolgreich abschließen. Nötig sind auch Maßnahmen, um einen

Lehrabbruch zu verhindern. Zusätzlich müssten die Berufsschulen in Richtung digitale Bildung aufgerüstet werden.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Klein

Klein berichtet, dass der Ausschuss für Bauten und Investitionen in seiner Sitzung vom 4. April 2017 das in der schriftlichen Beilage angeführte Projekte "Digitaler Wandel Projekt 31 (DW31-INFRA)" - welches er bereits im Vorstand angekündigt hat – gut geheißen hat. „Digitaler Wandel“ soll nicht nur interessenpolitisch behandelt, sondern auch im eigenen Haus der AK von den FunktionärInnen und MitarbeiterInnen „gelebt“ werden können. Eine moderne Arbeitsorganisation braucht eine gute Infrastruktur mit einer soliden technischen Basis. Nach einer – in der Beilage ersichtlichen - vollständigen Bestandsaufnahme, der Involvierung der konkret „Betroffenen“, einer sehr gründlichen Bedarfsanalyse sowie einer Kostenerhebung für die Budgetierung wurde das Projekt in Arbeitspakete für 2017 und 2018 gegliedert. Für 2017 ist – wie aus der Unterlage hervorgeht – vorgesehen: die Finalisierung der digitalen Adaption der bestehenden Anlage in Speisesaal, Bibliothek, ISA-Gruppenraum, Sitzungsräumen im 6. Stock und im Raum 505, das Nachziehen der Standardausstattung auf alle Sitzungsräume im Haupthaus, auf die Seminarräume im BIZ und im Gruppenraum SOZAK sowie erste Adaptionen im großen Saal des BIZ. Der Vollausbau des großen Saales wird dann erst im Sommer nächsten Jahres durchgeführt werden, doch erste Investitionen wie eine ordentliche WLAN Versorgung werden noch dieses Jahr gemacht werden. Die Umsetzung wurde mit von € 1,5 Mio budgetiert.

Bezüglich der nun auch vom Ausschuss für Bauten und Investitionen in Erledigung des Vorstandsbeschlusses vom 10. April 2017 beschlossenen thermisch-technischen Sanierung des BIZ ist anzumerken, dass bereits in diesem Jahr die Terrasse des BIZ neugestaltet werden kann, damit sie womöglich bereits im Herbst als Raum für Lehren und Lernen mitbenutzt werden kann.

→ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Beratung – Trenner

Trenner hat diesmal keinen aktuellen Bericht.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl verweist einleitend auf zwei interessenpolitische Erfolge der AK: Zum einen konnten jene Berufsschullehrpläne, die bisher bei dreijähriger Lehrzeit unter 1.260 Unterrichtsstunden lagen, reformiert und auf das von der AK geforderte Mindestmaß angehoben werden. Die Verordnung sollte mit kommenden Schuljahr in Kraft treten. Die Berufsschulzeiterweiterung ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in der dualen Ausbildung, von der zahlreiche Lehrlinge – und auch ausbildende Betriebe – profitieren. Zum zweiten konnte - wie von der AK gefordert - durch eine Novellierung des Berufsreifeprüfungsgesetzes erreicht werden, dass eine mündliche Kompensationsprüfung im Fach Mathematik eingeführt wird und die Möglichkeit geboten wird, dass die Prüfung auch an anderen Orten als an einer Berufsbildenden Höheren Schule stattfinden kann. Das

novellierte BRP-Gesetz ist seit April 2017 in Kraft. Dies ist ein treffendes Beispiel für eine abgestimmte und erfolgreiche Vorgangsweise der Sozialpartner in der Bildungspolitik.

In Kooperation mit dem Stadtschulrat für Wien (SSR), der Pädagogischen Hochschule Wien (PH Wien) und der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AK Wien) fand am 6. April 2017, von 12:00-16:30 Uhr zum neunten Mal die Berufsorientierungsmesse für Wiener LehrerInnen im Bildungszentrum der AK Wien statt. Die Wiener Berufsorientierungsmesse hat sich zum fixen Bestandteil der Weiterbildungsaktivitäten der Wiener PflichtschullehrerInnen entwickelt. Mit rund 150 LehrerInnen wurde erneut die hohe TeilnehmerInnenzahl der Vorjahre erreicht. Nur fünf LehrerInnen gegenüber sechs im Vorjahr kommen aus dem AHS Bereich und rund zehn TrainerInnen/LehrerInnen aus AMS Kursen.

Weiters verweist die Bereichsleiterin auf die Analysen und Ergebnisse von zwei Studien: Die Studie „Schulische und duale Berufsausbildung: Unterschiede beim PIAAC-Kompetenzstand, der Kompetenznutzung und der Arbeitsmarktsituation“ geht Fragen nach Kompetenzunterschieden von 15-jährigen SchülerInnen in Lehre und BMS sowie Branchenzugehörigkeit und Branchenwechsel von BMS und LehrabsolventInnen im Zeitverlauf nach und untersucht auch die Bereiche Weiterbildung, Arbeitszufriedenheit, berufsspezifische Diskrepanz und Arbeitsmarktsituation von Personen mit BMS und Lehrabschluss für den Zeitraum 2009 bis 2014. In der von der AK, dem Stadtschulrat für Wien und der PH Wien durchgeführten Langzeitstudie in Jahrgangs- und Mehrstufenklassen an Wiener Volksschulen mit dem Titel „Unter welchen Bedingungen lernen Kinder am besten?“ werden die Lernzuwächse von 647 Kindern von der 2. bis zur 4. Schulstufe in den Bereichen Lesen, Rechtschreiben, Verfassen von Texten, Mathematik, sozio-emotionale Kompetenz und die Unterrichtsgestaltung untersucht. Dabei wurden Jahrgangsklassen und Mehrstufenklassen miteinander verglichen, Ergebnisse von Unterrichtsbeobachtungen dargestellt, sowie außerschulische Faktoren in der Untersuchung berücksichtigt. Das Ziel dieser Studie ist weniger die Erfassung des jeweiligen Leistungsstandes, sondern das Bestreben, weitere Erkenntnisse zu gewinnen, wie pädagogisches und bildungspolitisches Handeln zur Leistungsentfaltung in der Schule beitragen kann.

Ihren bildungspolitischen Bericht abschließend verweist die Bereichsleiterin auf den schriftlichen Bericht über das Strategiepapier des Wissenschaftsministers über eine „Nationale Strategie zur sozialen Dimension in der Hochschulbildung“, der das Ergebnis eines einjährigen Diskussionsprozesses mit Hochschuleinrichtungen, betroffenen Institutionen sowie Interessenvertretungen darstellt. Zu der vom (nun ehemaligen) BM Mitterlehner angekündigten Reform der Studienförderung im Ausmaß von 25 Mio € ist anzumerken, dass der AK ein Budgetvolumen von 25 Mio € zu wenig ist, um den Wertverlust aufgrund der fehlenden Valorisierung auszugleichen.

Eingehend auf Kommunales macht **Aschauer-Nagl** auf den schriftlichen Bericht über den geplanten Lobau-Tunnel und die 6. Donauquerung aufmerksam. Das wachsende Wien braucht die sechste Donauquerung, denn geht um schnelle Arbeitswege, um die Lebensqualität der Menschen in der Donaustadt und darum, gute Industriearbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Ausdrücklich begrüßt wird von der AK auch das neue Wiener Straßenbahnpaket, wie es in der Unterlage aufgelistet ist.

Konsumentenpolitisch erinnert **Aschauer-Nagl**, dass bereits der Präsident in seinem Bericht auf die Untersuchungen der AK über Preisdifferenzierung im Online-Handel hingewiesen hat. Bezüglich der Abschaffung von Roamingzuschlägen in der EU mit 15. Juni 2017 ist zwar festzustellen, dass die Abschaffung für DurchschnittskonsumentInnen auf Reisen zwar deutliche Ersparnisse bringen, letztlich aber auch Gefahren bergen, wie etwa die Zunahme an Streitfällen über die Einhaltung der „Fair-Use“-Regeln oder ein Preisanstieg im Inland, womit die Unternehmen die Roaming-Umsatzverluste

auszugleichen versuchen. Regulatorische Maßnahmen bei steigenden Inlandspreisen und leicht verständliche Anbieterinformationen für die Handynutzer sind daher notwendig.

Schütz ist mit den vorgelegten kommunalpolitischen Unterlagen einverstanden, vermisst jedoch eine klare Positionierung zur Erhaltung der S80-Station Hirschstetten. Die Bevölkerung im Einzugsgebiet der Station, die im Übrigen durch zusätzliche Wohneinheiten zunehmen wird, hat sich klar für die Erhaltung der Station ausgesprochen, dennoch ist in Plänen von der Auflösung der Station die Rede. Es soll alles hin zur Station Aspern Nord verlagert werden. Es ist durchaus positiv zu sehen, wenn dort eine neue S-Station hinkommt, doch sollte die Station Hirschstetten unbedingt erhalten bleiben. **Aschauer-Nagl** sagt **Schütz** zu ihr Anliegen der Abteilung Kommunalpolitik mitzuteilen und wird ihr Rückmeldung geben, ob diesbezüglich etwas erreicht werden kann. **Palha** erinnert, dass sich in der Vollversammlung deutlich zeigte, dass es in der Causa „Lobautunnel und 6. Donauquerung“ eine unterschiedliche Auffassung von AK und AUGE gibt. Sie möchte dennoch anmerken, dass es ihr unverständlich ist, dass in der Unterlage als Argument für den Bau des Lobautunnels die Entlastung der bisherigen Straßen oder die Stadtkerne von Hirschstetten, Aspern etc. angeführt werden, wo doch auch die Asfinag feststellt, dass diese Entlastung nicht stattfinden wird. Alle bisherigen Untersuchungen, sowohl von der Stadt Wien wie auch im Rahmen des UVG-Verfahren, besagen das Zunichtemachen einer Entlastung spätestens im Jahr 2035 durch den entstandenen Mehrverkehr. Die Kosten für den Bau von 19 km Straße wären etwa für den Schienenausbau besser zu verwenden und würde den PendlerInnen mehr helfen. **Kaske** merkt dazu an, dass der Wiener Verkehrs- und Stadtplanungsausschuss den Beschluss über den Bau der Stadtstraße als Teil des Gesamtprojektes mit den Stimmen aller Fraktionen, mit Ausnahme der Neos gefasst hat.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler berichtet, dass am 6. April 2017 in der SOZAK eine Veranstaltung zu Thema „BREXIT – welche Konsequenzen hat er für Europa, ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften“ abgehalten wurde. Zu Gast waren der internationale Sekretär der größten britischen Gewerkschaft Unite, Simon Dubbins, sowie die Direktorin des in Wien ansässigen Go-Governance-Centers Melanie Sully. Moderiert wurde die Veranstaltung der von der Ö1-Journalistin Margarethe Engelhardt – Krajanek. Neben dem aktuellen 66. SOZAK-Lehrgang und SOZAK-AbsolventInnen diskutierten auch die 45 KollegInnen der SOZAK-Partnerorganisation, der Europäischen Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main (EADA), mittels Videokonferenz mit. Simon Dubbins ging zunächst darauf ein, dass die britischen Gewerkschaften massiv für den Verbleib Großbritanniens in der EU geworben hätten, da sie überzeugt seien, dass ein Austritt negative Auswirkungen auf die britischen ArbeitnehmerInnen haben werde. Melanie Sully sprach von der Notwendigkeit des Zusammenhalts der restlichen (verbleibenden) EU-Mitgliedsstaaten und betonte, dass es klar sein müsse, dass man nicht als Nicht-EU-Mitgliedsstaat die gleichen Rechte haben könne wie ein EU-Mitgliedsstaat. Dies könne nämlich zu einem Dominoeffekt führen, der zur Existenzfrage für die Europäische Union werden könne.

Gemeinsam mit dem Internationalen Referat des ÖGB fand am 22. März 2017 im BIZ eine Veranstaltung zu den Wahlen in Frankreich statt. Sowohl die kommenden Präsidentschaftswahlen, als auch die Parlamentswahlen haben für Europa und die ArbeiterInnenbewegung eine bedeutende Rolle. Einen Überblick über die derzeitige Situation und ihre Hintergründe präsentierte der Internationale Sekretär der französischen Gewerkschaft CGT, Wolf Jäcklein. Anschließend wurden Parallelen zur politischen Situation zu Österreich diskutiert. Ein großes Thema waren die Liberalisierungen der Arbeitsgesetze (zB Betriebsvereinbarungen können eine Schlechterstellung als Kollektivverträge haben)

im letzten Jahr. Die CGT hatte im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften zu großen Protesten und Kampfmaßnahmen aufgerufen, an der sich Hunderttausende beteiligt haben. Positives berichtete Kollege Jäcklein über das neue Gesetz, wodurch Konzerne bei Verletzung von Menschenrechten direkt in Frankreich angezeigt werden können. Dieses Gesetz ist international einmalig.

Vor BetriebsrätInnen, AK- und Gewerkschafts-ExpertInnen, StudentInnen und ForscherInnen fand am 19. April 2017 in der Fachbuchhandlung des ÖGB Verlags die Präsentation des Buches „Sharing Economy: Die Ökonomie des Teilens aus Sicht der ArbeitnehmerInnen“ mit dem Autor Simon Schumich statt. Das Buch behandelt die Geschäftsmodelle von diversen Onlineplattformen, die einerseits vielfach als Hoffnungsträger für mehr soziale Verantwortung und nachhaltige Ressourcenschonung betrachtet werden, jedoch traditionelle Branchen bedrohen (zB Taxibranche gegen UBER oder Hotelbranche gegen AirBnB) und vielfach zur Entstehung neuer prekärer Arbeitsverhältnisse (zB Helping, Clickworker, Foodora) beitragen bzw durch diese expandieren.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner verweist einleitend auf die schriftlichen Berichte zur Beschäftigungsaktion +20.000, den Beschäftigungsbonus, die Primärversorgung und über das Fremdenrechtsänderungsgesetz. Nach der derzeitigen innenpolitischen Lage ist es völlig ungewiss, ob und wie im angesagten „freien Spiel der Kräfte“ die Gesetzesvorhaben umgesetzt werden. Die stellvertretende Direktorin informiert, dass auf Anregung von Präsident Rudi Kaske beim letzten jährlichen Gipfeltreffen zum „Qualifikationsplan Wien 2020“ eine Fortsetzung bis 2030 beschlossen wurde. Dazu muss das Strategiedokument überarbeitet werden. Bis Ende Oktober 2017 soll sowohl das Grundsatzdokument „Qualifikationsplan Wien 2030“ und das darauf aufbauende Arbeitsprogramm (2018 - 2020) einer Steuerungsgruppe zur Entscheidung vorliegen. Das Grundsatzdokument soll neuerlich mit den Sozialpartnern, dem Stadtschulrat, der MA 23 und den umsetzungsverantwortlichen Stellen AMS Wien, SMS, Stadtschulrat und Gemeinde Wien erarbeitet werden.

Kundtner erinnert, dass die AK eines der Gründungsmitglieder des Vereins "Industrie 4.0" im Jahr 2015 war. Der Gedanke dazu war, dass in einem breiten Schulterschluss Sozialpartner, Unternehmen und Forschungsinstitutionen wichtige gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche AkteurInnen an der Gestaltung der zukünftigen Produktions- und Arbeitswelt aktiv mitwirken. Im Rahmen der Plattform wurden unterschiedliche Arbeitsgruppen gebildet, die wichtige Themen rund um die Digitalisierung aufgreifen und weiter vorantreiben sollen. Bisher wurden folgende AG gebildet: Pilotfabriken, Normen & Standards, Forschung, Entwicklung & Innovation, Mensch in der digitalen Fabrik, Kommunikation, regionale Strategien und „Qualifikationen und Kompetenzen in der Industrie 4.0“. In der letztgenannten AG hat die AK den Vorsitz über und bestimmt daher Ausrichtung und Inhalte wesentlich mit. Eine Kern-Arbeitsgruppe ist seit April 2016 eingerichtet und besteht aus VertreterInnen der Gründungsmitglieder, weiters dem Sozial- und Bildungsministerium, einer Betriebsrätin und einem Unternehmensvertreter, der Gpa-djp und aus zwei Forschungseinrichtungen, die Studien zum Thema Qualifikationen/Kompetenzen und Industrie 4.0 durchgeführt haben. Im letzten Jahr hat sich die Arbeitsgruppe vor allem mit der Frage beschäftigt, welche Kompetenzen die ArbeitnehmerInnen in einer Industrie 4.0-Welt brauchen. Neben dieser Frage wurden aber auch die Rahmenbedingungen (für ArbeitnehmerInnen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen) angesprochen, da diese für das Lernen von Menschen stark mitverantwortlich sind. Zudem wurden zwei Arbeitsgruppentermine abgehalten, die sich spezifischer mit dem Erstausbildungssystem beschäftigt haben und zwar mit den Themen: Digital Skills

der Lehrenden und Technische Ausstattung, wo auch einige Handlungsfelder identifiziert wurden. All diese Diskussionsprozesse bilden die Basis für ein gemeinsames Ergebnispapier, dass neben der Zusammenfassung zum Thema Kompetenzbedarfe auch einige Handlungsfelder für Politik, Unternehmen, Bildungsträger oder andere AkteurInnen beinhalten soll. Das Papier soll bis Sommer 2017 erstellt sein, eine Presseaktivität rund um das Forum Alpbach wird überlegt. Die weitere Ausrichtung und Ziele der AG nach dem Ergebnispapier sind derzeit noch offen.

Kundtner erläutert sodann an Hand der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen schriftlichen Unterlage ein gemeinsames Entwicklungsprojekt, in dem Fachleute aus der ANK Bremen und der AK Wien an Eckpunkten und Grundsätzen für eine Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherungen und der künftigen Ausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und in Österreich gearbeitet haben. Dieses wurde beim Internationalen Arbeiterkammertag (IAKT) am 10. und 11. Mai 2017 in Luxemburg erstmals präsentiert. Nun werden die Diskussionsergebnisse des IAKT eingearbeitet, der Bericht der Projektgruppe für eine Publikation vorbereitet und seine Inhalte in einer Workshopreihe in Deutschland und Österreich verbreitet werden. Damit soll eine breite Diskussion zum Thema und eine Weiterentwicklung der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik aus ArbeitnehmerInnen-Sicht angestoßen werden.

Nach Hinweis auf die Pressekonferenz vom 25. April 2017 über mehr Sicherheit für Lohn- und Sozialstandards berichtet die stellvertretende Direktorin, dass auf Einladung des EGB Kollege Josef Wöss, der den ÖGB seit vielen Jahren im Sozialschutz-Komitee des EGB vertritt, die Sicht der österreichischen Gewerkschaften zu pensionspolitischen Empfehlungen der EU darlegen konnte. Er konnte u.a. basierend auf Bildern aus dem „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ plausibel erläutern, dass die Verschiebung der Altersstruktur allein über die künftige Entwicklung der Relation zwischen BeitragszahlerInnen und LeistungsempfängerInnen wenig aussagt, sondern dass diese Relation sehr wesentlich durch die künftige Entwicklung des Arbeitsmarkts bestimmt wird. Die vorgebrachten Argumente stießen auf viel Interesse. Es dürfte gelungen sein, die Vertreter der EU-Kommission zum Nachdenken über die Sinnhaftigkeit ihrer - von ÖGB und AK strikt abgelehnten - pensionspolitischen Empfehlungen zu bringen.

Abschließend informiert **Kundtner**, dass am 24. April 2017 eine Veranstaltung über "Buurtzorg" mit der Frage stattfand, ob dieses erfolgreiche holländische Modell auch für Österreich vorstellbar ist. Buurtzorg ist im mobilen Pflegebereich in den Niederlanden tätig. Die Arbeit geschieht in selbstorganisierten Teams von zwölf hoch qualifizierten Pflegekräften, die für die Pflegebedarfserhebung, die Organisation des Pflegeprozesses in Zusammenarbeit mit formalen und informellen Netzwerken verantwortlich sind und auf Erhaltung bzw. Wiedererlangung der Selbständigkeit der KlientInnen Wert legt. Die Veranstaltung war die Fortsetzung entsprechender bereits im vorigen Jahr geschlossener Kontakte. Noch im Mai 2017 wird es eine nächste Sitzung der KollegInnen von AK, Fachausschuss, Gewerkschaft und Dachverband geben, um gemeinsame Schlussfolgerungen aus der Veranstaltung zu ziehen. Weiters soll eine Diskussion mit einer Vertreterin der MA 24 – Sozialplanung begonnen werden, um einen nächsten Schritt Richtung Pilotprojekt zu setzen.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Zum Stabilitätsprogramm der Bundesregierung merkt **Kubitschek** an, dass sich darin abermals die vorjährige Richtungsänderung widerspiegelt: Die restriktive Ausrichtung der Budgetpolitik der Jahre 2010 bis 2015 weicht seit 2016 einer Unterstützung von Nachfrage und Beschäftigung durch die

Senkung der Einkommensteuer, die Erhöhung der öffentlichen Investitions- und Forschungsausgaben, die Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und die Personalaufstockungen.

Diese Neuausrichtung der Budgetpolitik ist den Herausforderungen angemessen und trägt auch bereits Früchte. Sie hat zum Konjunkturaufschwung beigetragen, dessen Dynamik sich jüngst verstärkt hat. Die österreichische Wirtschaft wächst 2017 real um mindestens 2%, die Zahl der Beschäftigten um etwa 60.000, gleichzeitig dürfte die Zahl der Arbeitslosen – stärker als angenommen – um etwa 15.000 zurückgehen. Angesichts des Anstiegs der Zahl der Arbeitslosen seit Beginn der von Banken und Finanzmärkten ausgelösten Wirtschaftskrise um 150.000 sind jedoch zusätzliche Anstrengungen in diese Richtung notwendig.

Bekanntlich verhandeln Österreichs Sozialpartner aktuell über die Einführung eines Mindestlohns von 1.500 € auch noch in den letzten Kollektivverträgen. Über die makroökonomischen Effekte, die eintreten, wenn niedrige Löhne erhöht werden, gehen die Meinungen aber auseinander. Das industrienaher Institut „Agenda Austria“ behauptet etwa, dass „mindestens“ 20.000 Arbeitsplätze verloren gehen würden. Tatsächlich könnte dagegen wegen der zusätzlichen Nachfrage sogar die Wirtschaft angekurbelt werden und mehr Arbeitsplätze entstehen. Diese widersprüchlichen Einschätzungen führten in Deutschland bereits vor zwei Jahren zu emotionalen Debatten. Die Debatte verschob sich soweit zugunsten der ArbeitgeberInnen-Seite, dass sämtliche publizierten Studien Jobverluste zwischen ca. 200.000 und 1,2 Mio. prognostizierten. Das, obwohl aus den USA bereits Daten über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten zur Verfügung standen, und die Forschung praktisch keine Effekte auf den Arbeitsmarkt von Mindestlöhnen mehr fand. Inzwischen liegen auch für unser Nachbarland, wo ein Mindestlohn 2015 eingeführt wurde, empirische Fakten über dessen makroökonomische Effekte vor. Auch hier sind die Auswirkungen auf Beschäftigung nahe null. Die AK/ÖGB Veranstaltung am 27. April 2017 stellte die Erfahrungen aus diesen beiden Ländern vor, um daraus Lehren für Österreich zu ziehen.

Anschließend verweist die stellvertretende Direktorin auf den Bericht über das Buch „Arbeit in der Gig-Economy“ (www.gig-economy.at), an dem mehrere AutorInnen aus unterschiedlichen Abteilungen der Arbeiterkammer Wien mitgewirkt haben, in dem es um die Wissensgenerierung über die neuen Entwicklungen in der Plattformökonomie und darauf aufbauend um eine entsprechende Forderungsentwicklung aus ArbeitnehmerInnen-sicht geht. In der Plattformökonomie werden Tätigkeiten, die ursprünglich zumeist von ArbeitnehmerInnen erbracht wurden, so ausgelagert, dass sie einer größeren Anzahl von Personen über eine internetbasierte Plattform angeboten und von diesen abgearbeitet werden. Befristungen und Unsicherheit werden in diesem Modell zur Norm. Denn die Plattform ermöglicht eine Just-in-time-Organisation von Arbeit, diese soll nur dann bezahlt werden, wenn sie tatsächlich geleistet wird. Im vorliegenden Buch analysieren die AutorInnen sehr detailliert die Arbeitsbeziehungen in beispielhaft ausgewählten Unternehmen: „Clickworker“, „Uber“, „Book a Tiger“, „Foodora“. Außerdem werden die rechtlichen Perspektiven zu Datenschutz- und Mitbestimmungsrechten dargestellt. Damit wird erstmals für Österreich eine umfassende juristische Grundlage für die weitere Auseinandersetzung mit dem äußerst komplexen Thema „Gig Economy“ geschaffen.

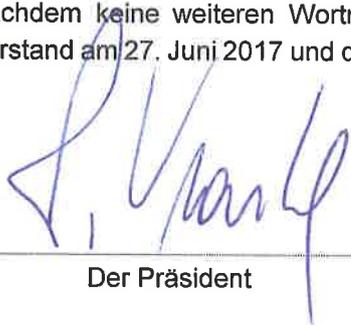
Kubitschek gibt bekannt, dass die Regulierungsbehörde „E-Control“ Anfang 2016 ein Konsultationsverfahren durchgeführt hat, um die Grundlage für eine Reform der Netztarifstruktur zu schaffen. Diese erscheint notwendig, nachdem Veränderungen im Stromsystem, wie die zunehmende dezentrale Stromproduktion und die volatile, wetterabhängige Stromerzeugung (Photovoltaik- und Windstrom) – durch zusätzliche Investitionen ins Netz und einen größeren Regelenergiebedarf – zusätzliche Kosten verursachen. Die AK hat eine umfangreiche Stellungnahme dazu abgegeben. Die AK hat dabei kritisiert, dass „der Frage der Kostenwälzung zwischen den Netzebenen im Konsultationspapier (überproportionale Belastung privater Haushalte) kein Raum gegeben wird“ und gefordert, dass „bei der Weiterentwicklung der Stromnetzentgeltstruktur eine kosten- und

verursachergerechte Neuaufteilung der Tarifkomponenten erfolgt, bei der soziale Kriterien besonders berücksichtigt werden". Die zentralen AK-Forderungen wurden im nun vorliegenden E-Control-Positionspapier nicht aufgegriffen. Die AK hat daher scharfe Kritik am Positionspapier geäußert. Parallel dazu führt die AK mit der E-Control und weiteren Akteuren (Regulierungskommission, Branche, GewerkschafterInnen etc) Gespräche, um die AK-Position durchzusetzen.

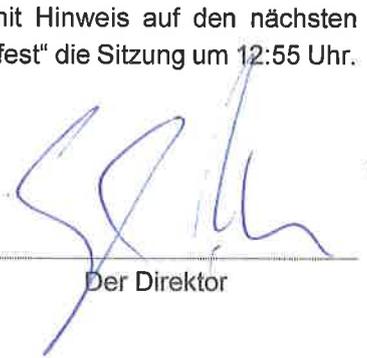
→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** mit Hinweis auf den nächsten Vorstand am 27. Juni 2017 und dem daran anschließenden „AK Sommerfest“ die Sitzung um 12:55 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll